

Antragsbereich D: Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D4_18/1

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Bayern

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3

4 **D4_18/1 Kein Polizeistaat! Solidarität und** 5 **Unterstützung für Bayern. Lasst keine Welle** 6 **der Überwachung beginnen**

7 In Bayern stehen im Oktober 2018 die Landtagswahlen an und Ziel der CSU unter der Führung von
8 Herrn Söder ist es, ihre absolute Mehrheit zu erhalten und die Stimmen der AfD am rechten Rand
9 abzugreifen. Um zu zeigen, dass sich die CSU um die subjektiven Ängste der Bevölkerung - die sie
10 und andere rechte Kräfte selbst geschürt haben - kümmert, soll nun bis zur Sommerpause des
11 Landtages das Polizeiaufgabengesetz (PAG) reformiert werden. Schon der Blick in die
12 Kriminalstatistik zeigt: Die Straftaten in Bayern und in der gesamten Bundesrepublik sind auf
13 einem Tiefstand. Daher sind die Reformen der Polizeigesetze sowohl in Bayern als auch in den
14 anderen Bundesländern bloßer Populismus.

15 Das bayerische PAG ist die Einführung des strengsten Polizeigesetzes seit 1945 und eine
16 drastische Einschränkung der Grundrechte in Bayern. Die neuen Befugnisse gelten nicht nur in
17 Krisensituationen, sondern auch im Arbeitsalltag der Polizist*innen. Über den Einsatz der
18 Befugnisse entscheidet die Polizei selbst, nicht wie bisher Richter*innen oder das
19 Innenministerium. Die Einsatzmöglichkeiten von Handgranaten werden ausgeweitet. Drohnen
20 werden nutzbar, um nur bei Verdacht Menschen auszuspionieren und abzuhören. Ohne
21 richter*innenliche Kontrolle würde es möglich sein, V-Leute in Gruppen einzuschleusen, die
22 subjektiv für gefährdend gehalten werden. DNA-Analysen sollen bei einer erkennungsdienstlichen
23 Behandlung zum Standard werden.

24 Die Präventivhaft wurde in Bayern schon im August 2017 auf drei Monate erhöht und ihre
25 zeitliche Beschränkung aufgehoben. So kann die Präventivhaft durch richter*innenlichen
26 Beschluss immer wieder um drei Monate verlängert werden. Eine Anklage oder eine konkrete
27 Straftat müssen dazu nicht vorliegen, es reicht die „drohende Gefahr“. Praktisch ist so eine
28 Unendlichkeitshaft möglich. Der Rechtsgrundsatz der Unschuldsvermutung wird damit faktisch
29 außer Kraft gesetzt. Grundrechte, wie das auf eine*n Verteidiger*in, werden ausgesetzt.

30 Natürlich macht das Gesetz nicht vor der digitalen Welt halt. Hier wird der Polizei die Befugnis
31 gegeben über Staatstrojaner die Nachrichten jeglicher Personen mitzulesen und ihre Nachrichten
32 ohne deren Wissen zu verändern. Clouds dürfen durchsucht und nach eigenem Ermessen
33 umgestaltet werden. Bei Demonstrationen soll Gesichts- und Verhaltenserkennungssoftware
34 genutzt werden, um auch friedliche Demonstrant*innen besser identifizieren und überwachen zu
35 können. Die verfassungsgemäße Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst wird somit bewusst
36 aufgehoben.

37 Dieses Gesetz setzt nicht an den Punkten an, die wirklich verändert werden müssen. Es
38 kriminalisiert und stigmatisiert. Es greift einen Diskurs über mangelnde Sicherheit auf, dem
39 jegliche Grundlage fehlt und spielt damit denjenigen in die Hände, die Ängste schüren.
40 Personengruppen gegeneinander ausspielen und deren Ideologie von eingeschränkten
41 Freiheitsrechten profitiert. Es gibt den Menschen keine Sicherheit, es hebt ihre Grundrechte auf
42 und greift auf unzulässige Weise in ihre Privatsphäre ein. Statt in die Prävention von Straftaten,
43 durch bessere Lebensbedingungen, eine starke Zivilgesellschaft und einer lebendigen Demokratie
44 zu investieren, wird hier nur auf Law&Order Politik und die Aushebelung des Rechtsstaates
45 gesetzt. Ein weiterer Aspekt hin zu einer seriösen Sicherheitspolitik liegt in der Reform der
46 Personalpolitik. Die CSU nutzt dieses Thema populistisch und stellt sich auf eine Stufe mit den
47 Feind*innen der Demokratie.

48 Die Jusos und Juso-Hochschulgruppen in Bayern organisieren im Bündnis „noPAG“ den Widerstand
49 gegen die Reform des PAG. Gegen die Änderungen im August 2017 haben wir Popularklage
50 eingereicht. Wir kämpfen für unsere Grundrechte und Freiheiten in Bayern und darüber hinaus!

51 Uns ist klar: Wenn diese Einschränkungen in Bayern durchgehen, dann besteht die Gefahr, dass
52 andere Bundesländer mitziehen. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen sind
53 ebenfalls Einschränkungen der Grundrechte im Gespräch. Und auch im CSU-geführten
54 Innenministerium auf Bundesebene werden die bayerischen Reformen großen Anklang finden.
55 Diese Welle reaktionärer Polizeigesetzreformen darf nicht ins Rollen kommen.

56 Wir Juso-Hochschulgruppen solidarisieren uns mit alle Genoss*innen, die gegen die Einschränkung
57 von Grundrechten kämpfen und dem Bündnis „noPAG“, das gegen die autoritären
58 Gesetzesvorhaben der CSU mobilisiert. Wir unterstützen unsere Genoss*innen vor Ort bei
59 Demonstrationen, Webauftritten und allen anderen Möglichkeiten, damit diese Verschärfung im
60 Polizeirecht nicht Realität wird bzw. bleibt. Des Weiteren fordern wir die SPD-Landtagsfraktion
61 dazu auf, nach Artikel 65 und 92 der Verfassung des Freistaates Bayern die Verfassungsmäßigkeit
62 des Gesetztes durch den Bayrischen Verfassungsgerichtshof überprüfen zu lassen. Da die Reform
63 des bayerischen PAG in anderen Bundesländern wie etwa Sachsen und Nordrhein-Westfalen
64 bereits als Vorbild gedient hat und auch auf Bundesebene ähnliche Bestrebungen auslösen
65 könnte, kämpfen wir Juso-Hochschulgruppen entschlossen gegen die aktuellen
66 Gesetzesvorhaben!